

Zeitschrift	Die Polizei
Autor	Prof. Dr. Anton Sterbling
Rubrik	Zur Diskussion
Referenz	Polizei 2021, 122 - 126 (Ausgabe 3)
Verlag	Carl Heymanns Verlag

Sterbling, Polizei 2021, 122

Anmerkungen zum »Racial Profiling« und zur Rassismus-Debatte in Deutschland

von Prof. Dr. Anton Sterbling, Fürth*

Millionen von Zuwanderern und Flüchtlingen sind in den letzten Jahrzehnten ganz freiwillig nach Deutschland gekommen¹ und hier geblieben und Millionen weitere wollen kommen, obwohl auch in diesem Land ein »struktureller« oder »latenter Rassismus« diagnostiziert wird. Warum ist Deutschland aber dann weiterhin eines der attraktivsten und wichtigsten Zuwanderungsländer in der ganzen Welt? Wie sind diese Widersprüche zu erklären? Irgendetwas kann also im Hinblick auf diese Feststellungen über den gravierenden »Rassismus« in Deutschland und die entsprechenden medial verstärkten, öffentlichkeitswirksamen Deutungen und Anprangerungen einerseits und die dahinter stehenden sozialen Tatsachen andererseits wohl nicht stimmen. Wie lässt sich dieses dissonante Bild sachgerecht aufklären, sozialwissenschaftlich angemessen verstehen und ideologiekritisch einordnen?

Zum Anachronismus der gegenwärtigen »Rassismus«-Debatte in Deutschland

Die Zeiten der Rassenforschung und der »Rassenlehren«, wie sie in der Biologie und Kulturanthropologie des ausgehenden 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sehr intensiv und folgenschwer betrieben wurden, sind zweifellos vorbei. Die heute verfügbaren Erkenntnisse der genetischen Forschung lösten das herkömmliche Paradigma der »Rassen« als biologische und anthropologische Beschreibungs- und Analysekategorie langfristiger Entwicklungen menschlicher Großpopulationen in vielen Hinsichten auf und machten diese damit weitgehend obsolet. Hinter diesen wissenschaftlichen Erkenntnisstand wird man schwerlich zurückfallen können.

Aus gesellschaftsgeschichtlichen Gründen blieb in den USA eine gezielte »Rassenpolitik« – mit durchaus unterschiedlichen Vorzeichen – betrieben und blieben vor allem die alltägliche Perzeption von Rassenfragen und Sensibilitäten für diese bis heute sozial und politisch virulent. Ebenso faktisch weiterhin für erhebliche und

oft mehrheitliche Bevölkerungskreise in vielen Staaten und Regionen der Welt. Allerdings – und darauf ist zu insistieren – wohl am wenigsten für Westeuropa und für Deutschland. Dass es sich so verhält, ist nicht zuletzt ebenfalls historisch bedingt, und ist nicht nur das Ergebnis wissenschaftlicher Erkenntnisse und Entwicklungen und eines in diesem Sinne aufgeklärten und popularisierten Wissens, sondern ebenso von für das soziale und politische Denken maßgeblichen kollektiven Lernprozessen und entsprechenden Veränderungen des »Zeitgeistes«, der öffentlichen Meinung und der politischen Kultur.

Meine These ist: Wie die Rassenlehre in der Wissenschaft so sind auch die rassistischen Denkfiguren wie nahezu alle sonstigen Anklänge an rassistische Vorstellungen aus dem gängigen kulturellen und politischen Anschauungshaushalt der Deutschen, insbesondere der Nachkriegsgenerationen, die heute den größten Teil der deutschen Bevölkerung ausmachen, weitgehend verschwunden. Lediglich in kleineren rechtsextremistischen Splittergruppen² von eher marginaler demographischer und politischer Bedeutung finden sich weiterhin manifeste Restbestände und Abwandlungen einer rassistischen Ideologie vor. Ebenso in einer weitgehend unreflektiert tradierten, aber doch eher als unzeitgemäß erkannten, zudem durch Aufklärung zurückgedrängten und im Verschwinden begriffenen »Folklore«. Wie weit ein solcher, eigentlich erloschener oder im Erlöschen begriffener Rassismus eine Wiederbelebung erfahren konnte oder könnte, wäre demnach eine offene und zugleich erklärungsbedürftige Frage. Eine solche Entwicklung erscheint mir empirisch jedenfalls zunächst eher recht unwahrscheinlich.

Rassenbezogene oder explizit rassistische Anschauungen finden sich allerdings und zum Teil recht massiv bei einzelnen Einwanderungsgruppen in Deutschland, und zwar auf andere wie auch auf sich selbst bezogen, vor. Rassismus hat – und dies wird oft systematisch übersehen – durchaus auch eine selbstreflexive Seite der in dieser kategorialen Dimension erfolgenden Abgrenzungen oder Selbstüberhöhungen, natürlich auch und vielleicht gerade bei Minderheiten in einer fremdkulturellen Umgebung. Ob und inwiefern sich daraus problematische Wechselwirkungen ergeben können, ist ebenfalls eine empirisch offene Frage, die natürlich wenig klug und auch keineswegs verantwortlich behandelt wird, wenn der so im doppelten Sinne »importierte« oder »reimportierte« Rassismus ignoriert oder unteranalysiert bleibt.

Rassistische Ideen und Anschauungen sollte man – will man den Rassismus nicht falsch darstellen, willkürlich entstellen oder verharmlosen – weder mit nationalistischen, noch mit ethnozentrischen, noch mit autoritären Überzeugungen unmittelbar gleichsetzen oder verwechseln, wiewohl es diesbezüglich historisch sicherlich starke Affinitäten und auch deutliche Überschneidungen gibt. Dennoch spricht vieles dafür, diese Grundausrichtungen verwandter ideologischer Denkmuster und ihre weltanschaulichen Begründungen doch deutlich zu unterscheiden.

Darüber hinaus sollte man erkennen und anerkennen, dass heute die soziale Relevanz der Kategorie »Rasse«, zumindest in Westeuropa und in Deutschland, weitgehend irrelevant oder zumindest sehr nachrangig im Verhältnis zu »Nation«, »Ethnos« und »Religion« als zentrale Zurechnungseinheiten

Sterbling: Anmerkungen zum »Racial Profiling« und zur Rassismus-Debatte in Deutschland - Polizei 2021
Ausgabe 3 - 123>>

und soziale Differenzierungskriterien »kollektiver Identität«³ erscheint. Übrigens haben auch »soziale Klassen« ihre Bedeutung als subjektive Selbst- und Fremdzuordnungskategorien in der deutschen Gegenwartsgesellschaft weitgehend eingebüßt, wie die Sozialstrukturforschung überzeugend zeigte.⁴ Bei »Rasse« und »Klasse« als alltägliche soziale Reflexions- und Zurechnungskategorien lässt sich in der

deutschen Gesellschaft ein ganz ähnlicher Relevanzverlust konstatieren.

Wie ist nun aber vor diesem Hintergrund die gegenwärtig so heftig aufgeflackerte »Rassismus«-Debatte in Deutschland zu erklären? Wie kann man diesen Anachronismus aufklären? Zunächst möchte ich die These vertreten, dass aus den historisch und sozial ganz anders begründeten und gelagerten »Rassismus«-Diskursen in den USA gegenwärtig unbedachte und leichtfertige begriffliche Übertragungen und Analogien auf die deutschen Verhältnisse erfolgten, so dass durch eine teilweise irreführende semantische Umdeutung und Überdehnung des Rassismusbegriffs interethnische und partiell auch religiöse Probleme und Konflikte, mit denen man es in Deutschland vorwiegend zu tun hat, weitgehend unzutreffend in »rassistische« umdefiniert werden. Hierbei spielen zwei, bei genauerer Analyse unschwer zu erkennende, ineinander greifende Ursachenbündel eine wichtige Rolle.

Erstens, die tatsächlich an Umfang und Intensität zunehmenden interethnischen Spannungen und Konflikte in Deutschland, die nicht zuletzt in den massiven Zuwanderungen⁵ in den zurückliegenden Jahren sehr wohl begründete Ursachen haben, werden in vielen ihrer Erscheinungsformen fälschlicherweise als »rassistisch« gedeutet und etikettiert. Zweitens stehen dahinter ideologiekritisch unschwer zu durchschauende politische Instrumentalisierungsabsichten, wobei es auch kein Zufall zu sein scheint, dass bestimmte politische Kräfte gerade jetzt die ideologischen »Totschlägerargumente« des Rassismus in den öffentlichen Auseinandersetzungen einbringen und auszunutzen versuchen. Die semantische Übertragung und Überdehnung des Rassismusbegriffs ist indes ebenso sachlich falsch wie in den Auswirkungen gefährlich, denn auch hier gilt, dass die gefährlichen Geister, die man unbedacht rief, sich verselbständigen könnten und irgendwann vielleicht nicht mehr zu bändigen sind und gleichsam »schlafwandlerisch« ihren eigenen Spuk zu betreiben beginnen.

Die multiethnische Gesellschaft und ihre Herausforderungen

Das moderne demokratische Nachkriegsdeutschland hat eigentlich nur wenige Erfahrungen mit der »multiethnischen« Gesellschaft. Die historisch-vergleichende sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit multiethnischen Gesellschaften zeigt, dass es zwar Lösungen der Probleme solcher Gesellschaften gibt, die auch ein längerfristiges friedliches und für alle Seiten gedeihliches Zusammenleben ermöglichen,⁶ dass diese Lösungen aber zunächst die gründliche und ungeschönte Offenlegung dieser Probleme und ihrer vielfältigen Ursachen und Facetten voraussetzen. Solche Offenlegungen erfordern eingehende (wissenschaftliche) Analysen der real gegebenen interethnischen Beziehungen, der damit zusammenhängenden Einstellungsmuster und Anschauungen auf allen Seiten, der dabei erkennbaren typischen Wertvorstellungen und spezifischen Interessenlagen, auch der damit in Erscheinung tretenden sozialen Distanzierungs- und Schließungsprozesse, der einschlägigen Vorurteile und Stereotypen, der gängigen Selbst- und Fremdwahrnehmungen, der gegebenen kulturellen Missverständnisse und auffälligen Feindseligkeiten, der mehr oder weniger gravierenden Alltagsdiskriminierungen sowie der häufiger oder seltener auftretenden interethnischen Konflikte und ihrer spezifischen Ursachen und Manifestationsformen.

Die multiethnische Gesellschaft macht auch kollektive Lernprozesse erforderlich, wird die einheimische Bevölkerung in Deutschland doch in relativ kurzer Zeit von einer neben den autochthonen Minderheiten der Sorben, Dänen und Friesen nahezu ethnisch homogenen Bevölkerung⁷ zu einer Gesellschaft mit einer deutlich abnehmenden Mehrheitsbevölkerung und vielen, zum Teil rasch wachsenden unterschiedlichen Zuwanderungsminderheiten, mit denen das Zusammenleben noch erprobt, intensiviert, geordnet und eingeübt

werden muss. Zu diesen Lernprozessen gehört nicht nur das sich Arrangieren mit zunehmenden kulturellen Unterschieden, gleichsam als dem einfacheren Teil, sondern auch der adäquate Umgang mit neuen interethnischen und religiösen Konflikten, als dem weitaus schwierigeren, belastenderen und kostspieligeren Teil der sozialen Anpassungserfordernisse, denn es wäre den historischen und gesellschaftsvergleichenden Erfahrungen nach völlig naiv, davon auszugehen, dass eine sich herausbildende multiethnische Gesellschaft ohne neue und oft schwerwiegende interethnische und religiöse Konflikte auskommen würde.

Statt sich auf diese sperrigen Realitäten und ihre mühseligen Analysen einzulassen, um konkrete und praktikable Problemlösungen der Gestaltung und Befriedung dynamischer und konfliktreicher interethnischer Beziehungen in einer pluralistischen und demokratisch integrierten Gesellschaft zu finden, gehen viele Politiker und Intellektuelle – so kann man ihre Äußerungen nur verstehen – von der apodiktischen und in keiner Weise empirisch geprüften Auffassung aus, dass die multiethnische Gesellschaft selbst ohne weiteres Zutun die fertige Problemlösung und nicht zunächst das, wie im Falle Deutschland, durch massive Zuwanderungen herbeigeführte Problem ist. Wenn Probleme wahrgenommen werden, so werden sie vor allem der Aufnahmegesellschaft auf Grund ihrer »Intoleranz«,

Sterbling: Anmerkungen zum »Racial Profiling« und zur Rassismus-Debatte in Deutschland - Polizei 2021
Ausgabe 3 - 124<<>>

ihrer »Diskriminierungen«, ihrer »Verschlossenheit« oder gar ihres »latenten Rassismus« zugeschrieben, so der Standpunkt dieser, sich selbst als unbegrenzt »weltoffen« und »progressiv« verstehenden politischen und intellektuellen Kreise.

Zum Vorwurf des »Racial Profiling« gegenüber der deutschen Polizei

Natürlich gehören auch bestimmte Sozialmerkmale zu den rationalen Anhaltspunkten bei polizeilichen Kontrollentscheidungen. Alles andere würde ja heißen, nicht nur auf den professionellen Sachverstand, sondern auf die menschliche Vernunft überhaupt bewusst zu verzichten. Daher ist die Sache auch weitaus komplizierter, als es Kritiker an jeglicher »Diskriminierung« von Migranten mit ihren zumeist ideologisch kruden Argumenten des »Racial Profiling« – einem wohl ebenfalls aus den Erfahrungen in den USA entlehnten Begriff – in der Polizeiarbeit meinen.

Zunächst muss die triviale lerntheoretische Feststellung erwähnt werden, dass »Generalisierung« und »Diskriminierung« eigentlich zu den kognitiven Grundprinzipien des menschlichen Denkens zählen.⁸ Beides sind elementare und zugleich komplementäre Denkopoperationen – etwa die ständige erfahrungsbegründete Generalisierung, was für den Menschen essbar ist, die darauf bezogene »Diskriminierung« zwischen besser verträglichen, weniger gut verträglichen und unverträglichen Nahrungsmitteln und die folgende »Generalisierung« dieser Erfahrung –, ohne die der Mensch kaum überleben würde. Ähnliches gilt – etwas differenzierter und subtiler betrachtet – auch für die »sozialen« Diskriminierungen im Sinne notwendiger oder zumindest sinnvoller Unterscheidungen der Menschen und ihrer Handlungsdispositionen auf der Grundlage der Kenntnis bestimmter, sie auszeichnender »zugeschriebener« und »erworbener« Sozialmerkmale. Nicht die selbstverständliche, normale und im sozialen Zusammenleben geradezu unverzichtbare Denkopoperation und

Handlungsweise der »sozialen Diskriminierung« (zum Beispiel höflichkeitshalber im Hinblick auf das Alter oder Geschlecht) ist problematisch, sondern lediglich ganz bestimmte Ausprägungsformen der sozialen Diskriminierung, etwa solche herabwürdigender und menschenverachtender oder auch systematisch benachteiligender Art, erscheinen uns normativ inakzeptabel. Dies geht heute – indem »Diskriminierung« ideologisch aufgeladen und blindlings angewandt, ebenso wie Rassismus zu einem »Totschlägerargument« funktionalisiert und instrumentalisiert wird – leider zu Lasten eines vernünftigen, aufgeklärten und respektvollen Zusammenlebens vielfach unter.

Nun aber, von diesen allgemeinen Überlegungen, zum Beobachtungs- und Kontrollverhalten der Polizei. Man würde die in den meisten Fällen gegebene erfahrungsbegründete und wissenschaftlich fundierte Professionalität der deutschen Polizei völlig verkennen, würde man bestimmte, normativ illegitime Formen der sozialen Diskriminierung oder gar systematisches »Racial Profiling«⁹ als besonders relevante oder entscheidende Beweggründe des alltäglichen polizeilichen Handelns betrachten. Dies geht deutlich an der Polizeiwirklichkeit in Deutschland vorbei. Analysiert man typische polizeiliche Kontrollmaßnahmen empirisch etwas näher, so trifft man in der Regel auf eine Vielzahl normativer, situativer und verhaltensbezogener Gründe und Motive des eingreifenden Handelns, unter denen bestimmte Sozialmerkmale der Akteure oft nur eine ganz nachrangige Rolle spielen, aber natürlich – rationaler Weise – nicht völlig ausgeblendet werden.

Wie in vielen anderen beruflichen Handlungsfeldern, etwa wenn man beim Absatz bestimmter Produkte die Sozialmerkmale der »Zielgruppen« näher in Betracht zieht oder auch bei Präventions- oder Bildungsmaßnahmen gezielt auf bestimmte »Adressatengruppen« achtet, spielt die nähere Kenntnis bestimmter Sozialmerkmale und der damit verbundenen Verhaltensdispositionen und Handlungsneigungen der in Frage kommenden Akteure, seien es Täter oder Opfer oder mögliche Zeugen, eine nicht unerhebliche Rolle. Zur Erlangung kritisch reflektierter diesbezüglicher Wissenskompetenzen trägt in der Polizeiausbildung übrigens auch das Fach Soziologie bei.¹⁰ Zu fordern, dass Polizeibeamte solches Wissen über bestimmte Sozialmerkmale und soziale Milieus und die dort typischerweise, überdurchschnittlich oder unterdurchschnittlich zu erwartenden Verhaltensweisen und Handlungsneigungen nicht nutzen, nur weil dies den Verdacht möglicher sozialer Diskriminierungen oder gar des Rassismus begründen könnte, würde ja nichts anderes bedeuten, als ihnen die Anwendung ihres erfahrungsbegründeten und wissenschaftlich angeeigneten professionellen Wissens zu verbieten. Das heißt mit anderen Worten, es würden bestimmte »Rationalitätskriterien« und Orientierungsbezüge des professionellen polizeilichen Handelns¹¹ – aus ideologisch fragwürdigen Gründen – außer Kraft gesetzt. Dies zu fordern – wie dies gegenwärtig vielfach lautstark geschieht – ist daher töricht und mithin im Sinne des beruflichen Handlungserfolges inakzeptabel. Man kann die Argumentation auch umkehren und sagen, wer solche Restriktionen des Handelns einfordert, kann eigentlich nur den Erfolg des polizeilichen Handelns unterbinden und verhindern und zugleich abweichendes Verhalten und Kriminalität fördern wollen – und sollte dafür dann auch Rechenschaft abgeben.

Nun aber noch zu einem anderen Gesichtspunkt. »Kriminalität« ist nun einmal in jeder Hinsicht ein *soziales* Phänomen, und die Verteilung der Straftaten in einer Gesellschaft ist keineswegs zufällig. Diese Zusammenhänge werden seit langer Zeit wissenschaftlich studiert und aufgeklärt. Zu den dabei relevanten Forschungsfeldern gehören die »objektive« und »subjektive« Sicherheitsforschung, zu den daraus abgeleiteten rationalen sozialtechnologischen Entscheidungs- und Steuerungselemente zählen die »Polizeilichen Kriminalstatistiken«. Bei allen Unzulänglichkeiten, die Wissenschaftlern und Fachleuten diesbezüglich bekannt und bewusst sind, bieten diese

Statistiken durch ihre systematischen Verknüpfungen der Verteilungen bestimmter Straftaten mit anderen Tatmerkmalen wie auch mit bestimmten Sozialmerkmalen von Straftätern natürlich auch Anhaltspunkte, den »Möglichkeits- und Wahrscheinlichkeitshorizont« bestimmter krimineller Handlungen näher einzugrenzen und dadurch auch nützliche praktische Handlungsorientierungen des professionellen polizeilichen Entscheidungshandelns zu gewinnen. Wenn eine neuere Polizeiliche Kriminalstatistik¹² für die Bundesrepublik Deutschland bspw. nun einmal unbestreitbar erkennen lässt, dass »nichtdeutsche Tatverdächtige« – ohne ausländerrechtliche Straftaten – einen Anteil von rund 30,5 % und unter Berücksichtigung ausländerrechtlicher Straftaten sogar rund 40,4 % aller Tatverdächtigen (also vermutlichen Straftätern) ausmachen, so kann doch niemand vernünftiger Weise erwarten, dass dies keine relevante Information oder wichtige Orientierungsgröße im polizeilichen Handeln darstellt.

In der Polizeiausbildung sollte allerdings sichergestellt werden, dass ein methodisch und sachlich kritisch reflektiertes Wissen über die Aussagekraft und die Grenzen, über mögliche Erklärungen und Interpretationen solcher Daten und Befunde vermittelt wird, so dass solche und andere sozialwissenschaftliche, rechtswissenschaftliche und polizeilich-fachwissenschaftliche Kenntnisse und Erkenntnisse zusammen mit dem unverzichtbaren praktischen Erfahrungswissen der Polizeibeamten auch zukünftig zu einem sicheren und selbstbewussten, professionell kompetenten und erfolgreichen Handeln führen.

Was die Polizei in Deutschland gegenwärtig am wenigsten benötigt, ist von weltfremden Besserwissern, Heilslehrern und Ideologen hergeholter, moralisch konstruierter Diskriminierungen oder gar rassistischer Vorurteile bezichtigt zu werden. Die Polizei ist gegenwärtig eine der wenigen, einigermaßen leistungsfähig funktionierenden und zugleich vertrauenswürdigen¹³ »Querschnittsinstitutionen« unserer Gesellschaft, mit einem großen sozialintegrativen Leistungsvermögen. Dass sie bestimmten Ideologen, die ihre Rassismuskritik auch an ihr austoben müssen, ein Dorn im Auge ist, spricht wohl für sich selbst.

Schlussbetrachtung

Die gegenwärtige Rassismus-Debatte ist aus meiner Sicht vor allem ein bezeichnender Ausdruck problematischer Entwicklungen der politischen Kultur in Deutschland, die durch fortschreitende fragwürdige Ideologisierung- und Moralisationstendenzen¹⁴ gekennzeichnet erscheint. Zutreffend und weitsichtig wies Karl Mannheim indes im Jahr 1932, als die »Vernunftdemokratie« immer mehr in eine »Stimmungsdemokratie« umzukippen drohte und dann tatsächlich auch bald der Diktatur weichen musste, darauf hin, dass für die »Vernunftdemokratie« der Vorrang der Interessen und Interessenkonflikte wesentlich sei. In diesem Sinne stellt er bezüglich der Interessen und dem soziologisch angeleiteten Verständnis der Interessendynamik fest: »Von einer solchen soziologischen Orientierung, von einem rational Zu-Ende-Denken-Können der sozialen und politischen Geschehnisreihen kann selbstverständlich nicht das Verschwinden der in einer Gesellschaft gegebenen Interessengegensätze und -Spannungen erwartet werden. Es ist aber schon sehr viel getan, wenn jeder imstande ist, sein wohlverstandenes Interesse wahrzunehmen, und mit derselben Ratio, mit der er auf seinen Vorteil bedacht ist, auch jene Grenze erkennt, wo das eigene Partikularinteresse durch das Solidarinteresse der größeren Gruppe in einem gegebenen Augenblick begrenzt wird. Er muß imstande sein, in jedem Augenblick abzuwägen, wo jene Grenze liegt, über die hinausgreifend man beim Verfechten der eigenen Ansprüche das Bestehen der Rahmengruppe bedroht. Mit rational denkenden Menschen kann man rechnen und beim Interessenkonflikt die jeweiligen Reibungen zu einem dynamischen, stets neu zu erringenden Ausgleich

und Gleichgewicht vortreiben.«¹⁵ Bei einer rationalen Politik in einer »Vernunftdemokratie« sollte es vor allem um Interessen und Interessenausgleich gehen, nicht um irgendeine, ohnehin zumeist partikularistische Moral. Und natürlich geht es in der Politik auch um Macht, um Machtakkumulation zur legitimen Steuerung gesamtgesellschaftlicher Prozesse und Entwicklungen und – in demokratischen Gesellschaften auch um faire Machtkonkurrenz, um Machtkontrolle und um Machtbalancen. Politiker und eine Politik, die die in ihrem Sinne verstandene »Moral«, nicht das verfassungsbegründete Recht und die in dessen Rahmen ausgetragenen Macht- und Interessenauseinandersetzungen, in den Vordergrund stellen, verdecken nicht nur diese realpolitischen Tatsachen in ideologischer Absicht, sondern betreiben zugleich illegitime und höchst eigennützige Macht- und Herrschaftspolitik.

Literatur

Beck, Ulrich: Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen 1983 (S. 35–74)

Bundeskriminalamt (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland. Jahrbuch 2016. Band 3 Tatverdächtige, Wiesbaden 2017. online: https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2016/pks2016_node.html (Abgerufen: 05.12.2017)

Dahlmann, Dittmar/Kotowski, Albert S./Karpus, Zbigniew (Hrsg.): Schimanski, Kuzorra und andere. Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen Reichsgründung und Zweitem Weltkrieg, Essen 2006

Hilgard, Ernest R./Bower, Gordon H.: Theorien des Lernens I, Stuttgart ⁴ 1975

Sterbling: Anmerkungen zum »Racial Profiling« und zur Rassismus-Debatte in Deutschland - Polizei 2021
Ausgabe 3 - 126<<

Hilgard, Ernest R./Bower, Gordon H.: Theorien des Lernens II, Stuttgart ²1975

Hirschman, Albert O.: Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg, Frankfurt am Main 1987

Lepsius, M. Rainer: Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Lepsius, M. Rainer: Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990 (S. 117–152)

Mannheim, Karl: Die Gegenwartsaufgaben der Soziologie. Ihre Lehrgestalt, Tübingen 1932

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. Fachserie 1 Reihe 2, 2017. Wiesbaden 2018, S. 19, online: [Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200177004.pdf?__blob=pub](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200177004.pdf?__blob=publikation) (Abgerufen: 22.07.2018)

Steppat, Timo: Racial Profiling. Geht die Polizei gegen Migranten härter vor als gegen Deutsche?, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, vom 10.01.2018, online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/racial-profiling-geht-die-polizei-gegen-migranten-haerter-vor-15375526.html> (Abgerufen 05.07.2020)

Sterbling, Anton: Professionalisierungsaussichten der Polizei? Voraussetzungen, Chancen, Notwendigkeiten und Grenzen, in: Groß, Hermann/Schmidt, Peter (Hrsg.): Empirische Polizeiforschung XIII: Job, Beruf oder Profession?, Frankfurt am Main 2011 (S. 23–44)

Sterbling, Anton: Rechtsextremismus, Ursachen, lokale Aspekte und Handlungsmöglichkeiten, in: Sterbling, Anton: Herausforderungen der Demokratie, Rolle der Intellektuellen, Aufgaben der Wissenschaft. Rothenburger Beiträge. Polizeiwissenschaftliche Schriftenreihe (Band 61), Rothenburg/Oberlausitz 2012 (S. 53–78)

Sterbling, Anton: Moderne Polizeiarbeit und die soziale Handlungsressource »öffentliches Vertrauen«, in: Die Polizei. Fachzeitschrift für öffentliche Sicherheit mit Beiträgen aus der Deutschen Hochschule der Polizei, 109. Jg., Köln 2018 (S. 284–290)

Sterbling, Anton: Collective Identities, in: Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (eds.): Handbook of Political, Social, and Economic Transformation, Oxford 2019 (S. 416–420)

Sterbling, Anton: Einführung in die Grundlagen der Soziologie, Stuttgart 2020

Sterbling, Anton: Anzeichen und Gefahren ideologischer Bevormundung, in: Sterbling, Anton: Bürgerliche Gesellschaft, ihre Leistungen und ihre Feinde, Stuttgart 2020 (S. 125–146)

Wagner, Richard: Habsburg. Bibliothek einer verlorenen Welt, Hamburg 2014

Wendt, Rainer: Deutschland in Gefahr. Wie ein schwacher Staat unsere Sicherheit aufs Spiel setzt, München 2016

Wiswede, Günter: Soziologie. Grundlagen und Perspektiven für den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bereich, Landsberg am Lech ³1998

* Der Verfasser, Prof. Dr. phil. habil. Anton Sterbling, war bis zu seiner Emeritierung Fachbereichsleiter an der Hochschule der Sächsischen Polizei in Rothenburg/O.L.

¹ Siehe: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. Fachserie 1 Reihe 2, 2017. Wiesbaden 2018, vgl. S. 19, online: [Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200177004.pdf?__blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200177004.pdf?__blob=publicationFile) (Abgerufen: 22.07.2018).

² Zum Rechtsextremismus s.a.: Sterbling, Anton: Rechtsextremismus, Ursachen, lokale Aspekte und Handlungsmöglichkeiten, in: Sterbling, Anton: Herausforderungen der Demokratie, Rolle der Intellektuellen, Aufgaben der Wissenschaft. Rothenburger Beiträge. Polizeiwissenschaftliche Schriftenreihe (Band 61), Rothenburg/Oberlausitz 2012 (S. 53–78).

- ³ Zu grundlegenden Fragen der »kollektiven Identität« s.a.: Sterbling, Anton: Collective Identities, in: Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (eds.): Handbook of Political, Social, and Economic Transformation, Oxford 2019 (S. 416–420).
- ⁴ Siehe dazu: Lepsius, M. Rainer: Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Lepsius, M. Rainer: Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990 (S. 117–152); Beck, Ulrich: Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen 1983 (S. 35–74).
- ⁵ Siehe dazu auch: Sterbling, Anton: Zuwanderungsschock – Deutschland und Europa in Gefahr? Probleme der Zuwanderung und Integration, Hamburg 2016; Wendt, Rainer: Deutschland in Gefahr. Wie ein schwacher Staat unsere Sicherheit aufs Spiel setzt, München 2016.
- ⁶ Zur Habsburger Monarchie als Vielvölkerstaat siehe in diesem Sinne: Wagner, Richard: Habsburg. Bibliothek einer verlorenen Welt, Hamburg 2014.
- ⁷ Natürlich sollten auch die Hundertausenden in das Ruhrgebiet, zumeist aus den ostelbischen Gebieten Preußens, zugewanderten Menschen mit polnischen, masurischen, kaschubischen usw. Wurzeln nicht vergessen werden. Diese waren aber vielfach bereits preußische bzw. deutsche Staatsbürger und vor allem waren sie zumeist auch rasch sprachlich und kulturell assimiliert. Siehe zum Beispiel: Dahmann, Dittmar/Kotowski, Albert S./Karpus, Zbigniew (Hrsg.): Schimanski, Kuzorra und andere. Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen Reichsgründung und Zweitem Weltkrieg, Essen 2006.
- ⁸ Zu diesen lerntheoretischen Prinzipien siehe: Wiswede, Günter: Soziologie. Grundlagen und Perspektiven für den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bereich, Landsberg am Lech ³1998, insb.: Soziales Lernen (S. 129–149). Grundagentheoretisch vertiefend dazu siehe: Hilgard, Ernest R./Bower, Gordon H.: Theorien des Lernens I, Stuttgart ⁴1975; Hilgard, Ernest R./Bower, Gordon H.: Theorien des Lernens II, Stuttgart ²1975.
- ⁹ Siehe bspw.: Steppat, Timo: Racial Profiling. Geht die Polizei gegen Migranten härter vor als gegen Deutsche?, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, v. 10.01.2018, online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/racial-profiling-geht-die-polizei-gegen-migranten-haerter-vor-15375526.html> (Abgerufen 05.07.2020).
- ¹⁰ Siehe: Sterbling, Anton: Einführung in die Grundlagen der Soziologie, Stuttgart 2020.
- ¹¹ S.a.: Sterbling, Anton: Professionalisierungsaussichten der Polizei? Voraussetzungen, Chancen, Notwendigkeiten und Grenzen, in: Groß, Hermann/Schmidt, Peter (Hrsg.): Empirische Polizeiforschung XIII: Job, Beruf oder Profession?, Frankfurt am Main 2011 (S. 23–44).
- ¹² Siehe: Bundeskriminalamt (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland. Jahrbuch 2016. Band 3 Tatverdächtige, Wiesbaden 2017, vgl. S. 10 und S. 139 f. online: https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2016/pks2016_node.html (Abgerufen: 05.12.2017).
- ¹³ Siehe: Sterbling, Anton: Moderne Polizeiarbeit und die soziale Handlungsressource »öffentliches Vertrauen«, in: Die Polizei. Fachzeitschrift für öffentliche Sicherheit mit Beiträgen aus der Deutschen Hochschule der Polizei, 109. Jg., Köln 2018 (S. 284–290).
- ¹⁴ Siehe dazu: Sterbling, Anton: Anzeichen und Gefahren ideologischer Bevormundung, in: Sterbling, Anton: Bürgerliche Gesellschaft, ihre Leistungen und ihre Feinde, Stuttgart 2020 (S. 125–146).

¹⁵ Siehe: Mannheim, Karl: Die Gegenwartsaufgaben der Soziologie. Ihre Lehrgestalt, Tübingen 1932, vgl. S. 37 f. Hirschman, Albert O.: Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg, Frankfurt am Main 1987.